

Eine Frage der Unzumutbarkeit

Jährlich fließen laut der #DefundAssad-Kampagne durch die Passbeschaffungspflicht bis zu 100 Millionen Euro Gebühren von syrischen Geflüchteten in Deutschland an den syrischen Staat. Marisa Raiser von *Adopt a Revolution* ist Mitbegründerin der Kampagne und erklärt, was das mit den Betroffenen macht, welche rechtlichen Schritte eingeleitet wurden und wie einfach eine Lösung für die Betroffenen umzusetzen wäre.

Die #DefundAssad-Kampagne fordert „kein Geld für den syrischen Folterstaat“. Was genau steckt hinter dieser Forderung?

Es geht darum, dass ein Großteil der syrischen Geflüchteten, die in Deutschland leben, regelmäßig aufgefordert wird, zur syrischen Botschaft zu gehen, um dort die Pässe verlängern zu lassen. Das ist deswegen so problematisch, weil die meisten syrischen Geflüchteten vor diesem Staat geflohen sind.

Die syrische Botschaft ist der verlängerte Arm des Geheimdienstes, d.h. sie ist kein unproblematischer Akteur, ganz im Gegenteil. Viele Betroffene weigern sich daher, zur Botschaft zu gehen. Aber die deutschen Behörden sind in den letzten Jahren sehr strikt gewesen und halten an der Passbeschaffungspflicht fest. Das ist gefährlich und auch unglaublich teuer. Gefährlich, weil der Geheimdienst so an persönliche Daten kommt und dadurch Angehörige in Syrien gefährdet werden. Dadurch kommen viele Verwandte der in

Deutschland lebenden Syrer*innen in Syrien ins Radar der Behörden.

Und das Ganze ist auch unglaublich teuer. Ein syrischer Pass kostet zwischen 300 und Angaben einer Bundestagsabgeordneten zufolge 1000 Euro. Auf der offiziellen Seite der syrischen Botschaft findet man die Angabe, ein Pass koste zwischen 300 und 750 Euro. Wir haben viele Fälle dokumentiert, in denen Leute neben den Gebühren zusätzliche Kosten bezahlen mussten, die der Korruption geschuldet sind. Wenn man sich jetzt überlegt, dass der syrische Staat international sanktioniert wird und keine Gelder bekommen darf, ist es natürlich mehr als problematisch, dass durch diese Passgebühren unglaublich viel Geld fließt. Derzeit leben mehr als 800.000 syrische Geflüchtete in Deutschland, davon sind unserer Schätzung nach aktuell ca. 450.000 von der Passbeschaffungspflicht betroffen. Wir gehen davon aus, dass so pro Jahr allein durch die Passbeschaffung Gelder im höheren zwei- bis dreistelligen

Millionenbereich an den syrischen Staat fließen.

Das ist in der Summe unglaublich viel Geld.

Ja, und für die Leute eine große finanzielle Belastung. Gehen wir mal von einer durchschnittlich großen Familie von vier Personen aus, die alle Pässe beantragen müssen. Wenn wir mit einem konservativ geschätzten Betrag von 300 Euro pro Pass rechnen, dann sind wir am Schluss bei 1.200 Euro für die ganze Familie. Wenn wir das mit der wirtschaftlichen Lage in Syrien vergleichen, ist das ein Jahreseinkommen einer Kleinfamilie in Syrien. Und es ist eine enorme finanzielle Belastung für die Familien hier in Deutschland und ziemlich frustrierend, weil die Familien damit lieber ihre Familien in Syrien unterstützen wollen. Sie können das Geld nicht selbst oder für ihre Angehörigen nutzen, sondern müssen es an den Verfolgerstaat überweisen.

Wen betrifft die Passbeschaffungspflicht konkret?

Es sind zum Beispiel alle Personen betroffen, die mit einem Visum zum Familiennachzug oder über ein Aufnahmeprogramm nach Deutschland eingereist sind.

Daneben gibt es die große Gruppe der subsidiär Schutzberechtigten. Das macht knapp 200.000 Menschen in Deutschland aus. Diese Gruppe wird oft bei der Aufenthaltsverlängerung oder beim Beantragen des unbefristeten Aufenthalts zur Passbeschaffung aufgefordert. Und es betrifft so gut wie alle Menschen, die sich einbürgern lassen wollen. Auch wenn die Identität der Betroffenen bereits im Asylverfahren durch die Ausländerbehörde geprüft wurde, will die Einbürgerungsbehörde ebenfalls einen Identitätsnachweis. Das bedeutet, dass die Leute dann nochmal zur syrischen Botschaft geschickt werden und ihre Identität mit einem nicht abgelaufenen syrischen Reisepass bestätigen müssen. Dazu kommt, dass bei Männern der syrische Pass wegen der Wehrpflicht meist nur zwei Jahre gültig ist, bei Frauen bis zu fünf Jahre. Eine große Gruppe muss also alle zwei Jahre einen Pass verlängern lassen, weil die Aufenthaltsgenehmigung auch immer an den Pass gebunden ist.

Und ein Identitätsnachweis ist nur über den Pass möglich?

Das ist natürlich nicht korrekt. Beziehungsweise wird es nicht korrekt von den Behörden interpretiert. Ein abgelaufener Reisepass ist ein Identitätsnachweis. Oder ein Führerschein oder andere Dokumente. Die Behörden bestehen aber in den allermeisten Fällen darauf, dass es ein Reisepass sein muss. Die Zahl der 450.000 Betroffenen, von denen wir ausgehen, sind Schätzungen. Wir

haben keine offiziellen Zahlen. Wir haben über Die Linke im Bundestag dazu eine Anfrage gestellt. Die Bundesregierung selbst gibt aber zu ganz vielen Fällen keine Zahlen heraus, zum Beispiel dazu, wieviel Menschen gerade kurz vor der Einbürgerung stehen.

Neben den hohen Geldsummen, die die Menschen bezahlen müssen: Welche Folgen hat die Passbeschaffung für die Betroffenen noch?

Alle syrischen Aktivist*innen, die von ihren Erfahrungen in der syrischen Botschaft berichtet haben, nannten eine hohe psychische Belastung, die durch den Botschaftsbesuch verursacht wurde. Daran waren auch existenzielle Ängste gebunden. Eine syrische Journalistin, die in Deutschland lebt und zur Botschaft gezwungen wurde, weil sie für ihre Heirat den Pass besorgen musste,

hat beschrieben, dass sie wochenlang vor dem Botschaftstermin Albträume hatte und nicht schlafen konnte. Sie hat direkt vor dem Termin die Polizei angerufen und gesagt: „Ich möchte, dass ihr wisst, wo ich hingehere, damit ihr wisst wo ich bin, wenn mir etwas passiert.“

Die andere Dimension ist die tatsächliche Gefahr für Leib und Leben der Angehörigen in Syrien. In mehreren Fällen haben wir dokumentiert, dass Angehörige in Syrien nach den Interviews in der syrischen Botschaft unter Druck gesetzt oder zu den Behörden bestellt wurden. Der Einfluss, den die Botschaft hat, sollte nicht unterschätzt werden.

In Deutschland laufen derzeit mehrere Prozesse gegen Menschen, die für den syrischen Folterstaat und Geheimdienst gearbeitet haben. Bei einem dieser Prozesse haben Mitarbeiter der

Marisa Raiser
ist Politik- und Islamwissenschaftlerin. Sie ist seit Anfang 2022 Referentin in der Öffentlichkeitsabteilung von Adopt a Revolution und Koordinatorin der #DefundAssad-Kampagne.

„Es ist eine politische Interpretationsfrage, wie die Unzumutbarkeit ausgelegt wird.“



syrischen Botschaft wohl Kontakt mit dem Angeklagten aufgenommen und angeboten, ihm ein Ticket zu bezahlen und ihn außer Landes zu bringen bevor der Prozess startet. Die Botschaft ist auf jeden Fall kein neutraler Ort.

Welche Sanktionen müssen syrische Geflüchtete befürchten, wenn sie sich gegen die Passbeschaffung stellen?

Ich hatte vor kurzem Kontakt mit einer Familie in Brandenburg, die sich geweigert hatte, zur Botschaft zu gehen. Die hat den Aufenthalt nicht verlängert bekommen und ist in die Duldung gerutscht. Das ist rechtlich total angreifbar.

Es gibt aber auch andere Dimensionen neben der Aufenthaltsfrage: Personen können zum Beispiel ohne gültigen Pass die Vaterschaft nicht anerkennen lassen. Oder eine Person hat ihre Bafög-Förderung verloren, weil sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis mehr hatte und in die Fiktionsbescheinigung gerutscht ist. Es gibt ganz viele Dinge, die an der Identitätsklärung hängen und wieder andere Probleme verursachen.

Wie wird von Seiten der Politik oder der Behörden gerechtfertigt, dass Syrien einerseits sanktioniert wird und andererseits aber so viel Geld durch die Passbeschaffung fließt?

Wir haben mit mehreren Personen aus dem Innenausschuss des Bundestages gesprochen. Von den Grünen und der SPD vor allem war die Argumentation meistens, dass Deutschland nicht an dieser Praxis festhalten will. Das Problem sei aber, dass die Entscheidungshoheit hierüber beim Bundesinnenministerium und damit auch bei Nancy Faeser liege. Das politische Klima hat sich durch sie in den letzten zwei Jahren weiter verschlechtert,

wenn es um Geflüchtetenrechte geht. Das Hauptargument, welches das Bundesinnenministerium anführt, ist, dass wenn Deutschland beispielsweise bei syrischen Geflüchteten einen Reiseausweis für Ausländer ausstellen würde, das ein Eingriff in die Hoheit des syrischen Staates wäre. Wir haben mit *Pro Asyl* ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, das erst kürzlich veröffentlicht wurde. Das argumentiert, dass bei in solchen Abwägungsfragen – hier die Interessen der Geflüchteten versus die des Staates – die Interessen der Geflüchteten bei der Entscheidung miteinfließen müssen. Es gibt laut diesen Mitgliedern des Bundesinnenausschusses kein politisches Interesse, den syrischen Staat zu finanzieren. Das Bundesinnenministerium zieht sich auf eine bürokratische Argumentationsebene zurück und sagt: Die Identität muss zweifelsfrei festgestellt werden und das geht am besten über die Pässe.

2021 gab es ein Gerichtsurteil vom Verwaltungsgericht Leipzig. Das argumentiert: Zwischen dem Interesse der antragstellenden Person und dem Interesse des Staates müsse abgewogen werden. Das Gericht hat geurteilt, dass es möglich sein muss, andere Identitätsnachweise zu berücksichtigen. Es gäbe also mittlerweile auch rechtlich bestätigte Alternativen.

Plant ihr hier weitere rechtliche Schritte?

Wir haben in den letzten anderthalb Jahren einige Fälle zur Beratung und Begleitung an *Pro Asyl* weitergeleitet, die aber noch nicht entschieden sind. Es ist gut, wenn Klagen positiv entschieden werden. Wir haben aber in Deutschland kein Präzedenzfallrecht. Selbst wenn ein Fall positiv

entschieden wird, gilt diese Rechtsprechung nicht automatisch für alle. Mehr positive Entscheidungen helfen aber, damit diese bei anderen Fällen als Argumentationshilfe angeführt werden können.

Was plant ihr neben dem Rechtsweg?

Wir versuchen mit Öffentlichkeitsarbeit mehr Aufmerksamkeit für das Thema herzustellen. Das Thema hing vor der Gründung der Kampagne seit Jahren in der Luft, niemand hat sich wirklich damit beschäftigt. Wir versuchen Beratungsangebote zu schaffen und haben mit *Pro Asyl* ein FAQ zur Passbeschaffung erarbeitet, in dem sich Betroffene einen ersten Überblick schaffen können: Wo finde ich Hilfe? Welche Möglichkeiten habe ich? Wie kann ich einen Widerspruch argumentieren?

Und wir versuchen auch, weiter Lobbyarbeit zu machen. Wir haben im letzten Jahr mehrere Lobbygespräche geführt und versuchen, näher ans Bundesinnenministerium zu kommen und an die Menschen, die tatsächlich Entscheidungen treffen können. Dafür brauchen wir aber politischen Druck und der wird durch Öffentlichkeitsarbeit aufgebaut.

Wie können Menschen eure Kampagne unterstützen?

Es gibt die Möglichkeit, öffentliche Aktionen zu organisieren. Wir helfen gerne bei Ideen und mit Materialien, die wir zuschicken. Wir haben beispielsweise kleine Aktionsboxen vorbereitet. Es gibt die Möglichkeit, sich über unsere Website an einer Mailingaktion an die Innenminister*innen der Länder und die Bundesinnenministerin zu beteiligen. Es gibt auch die Möglichkeit, unsere Petition zu

unterzeichnen. Wir freuen uns, wenn unser Content auf social media geteilt wird. Und wer ganz viel Energie und Interesse hat, kann gerne in die Aktionsgruppe kommen.

Welche Chancen siehst du hier, dass sich etwas zu Gunsten der Betroffenen verändert?

Die Passbeschaffungspflicht abzuschaffen ist eigentlich nicht schwer. Es geht lediglich um die Interpretation eines Begriffes, der bereits im Gesetz steht: Die Unzumutbarkeit. Das bedeutet, wenn es für eine Person unzumutbar ist, zur syrischen Botschaft zu gehen, dann muss der deutsche Staat entweder einen Reiseausweis für Ausländer ausstellen oder,

wenn es um die Identitätsklärung geht, eine andere Möglichkeit finden. Die Lösung steht also schon im Gesetz. Uns geht es bei #DefundAssad nicht darum, Gesetzesänderungen zu fordern. Es ist eine politische Interpretationsfrage, wie die Unzumutbarkeit ausgelegt wird. Und bis 2018, als Horst Seehofer das Bundesinnenministerium übernommen hatte, wurde die Unzumutbarkeit positiver für Syrer*innen ausgelegt. Erst mit ihm wurde das geändert. Das ist also eine politische Entscheidung, die wieder zurückgenommen werden kann. Bei Eritrea und Afghanistan wird die Unzumutbarkeit bereits zu Gunsten der Geflüchteten ausgelegt.

Es ist also nicht kompliziert: Es geht um keine Gesetzesänderung, die durch den Bundestag gehen muss, wir fordern eine Änderung der Praxis!☺

*Das Gespräch führte
Agnes Andrae*



#Defund Assad

*Die Kampagne #DefundAssad wurde im Oktober 2022 veröffentlicht. Sie hat mit einer Umfrage, an der sich nahezu 1.000 syrische Geflüchtete beteiligt haben, gestartet. Die Umfrage beinhaltete Fragen zum Thema Behördenwillkür und Auswirkungen auf Betroffene. Die Kampagne wird von einem kleinen Bündnis von Organisationen wie Pro Asyl, dem Berliner Flüchtlingsrat und Adopt a Revolution sowie vielen syrischen Aktivist*innen getragen.*

Informationen zur Kampagne und Unterstützungsmöglichkeiten findet ihr unter <https://defundassad.de>.

*Und folgen könnt ihr der Kampagne auf Instagram hier:
@defund_assad_campaign*